

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.
Dr. Bohlen u. Verwaltungen: Drag 11, Telkjanova 18 • Trieb: 20705, 31400, Nachdruck: (H) 211/1: 33555 • Postbesand: 57548

13. Jahrgang. Sonntag, 26. Februar 1933 Nr. 49.

Der Organisationspakt der Kleinen Entente.

Veröffentlichung des Wortlauts.

Brag, 25. Febr. In Prag, Belgrad und Bukarest wurde heute der Organisationspakt der Kleinen Entente veröffentlicht, der im wesentlichen besagt:

Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, der König von Rumänien und der König von Jugoslawien, die den Frieden unter allen Umständen zu erhalten und zu organisieren und die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten ohne Unterschied und insbesondere mit den Staaten Mitteleuropas zu befestigen wünschen, ferner bestrebt sind, die Entwicklung der definitiven Konsolidierung der Verhältnisse in Mitteleuropa zu sichern und die gemeinsamen Interessen ihrer drei Länder zu achten und daher den freundschaftlichen und Bündnisbeziehungen, die zwischen den drei Staaten der Kleinen Entente bestehen, eine organische und stabile Basis zu geben, sind überzeugt, daß es notwendig ist, diese Stabilität einerseits durch vollkommene Vereinheitlichung ihrer allgemeinen Politik, andererseits durch Konstituierung eines Organs für die Leitung dieser gemeinsamen Politik zu verwirklichen, wodurch die Gruppe der drei Staaten der Kleinen Entente eine höhere internationale Einheit schafft, welche anderen Staaten unter Bedingungen zugänglich ist, über welche in jedem besonderen Falle ein Abkommen nötig wäre.

Staatspräsidenten und Außenminister der drei Staaten sind über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Art. 1. Es wird ein ständiger Rat der Staaten der Kleinen Entente errichtet, der aus den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten der drei Staaten oder aus hierfür ernannten Sonderdelegierten zusammengesetzt ist, als Organ, das die gemeinsame Politik der Gruppe dieser drei Staaten leitet. Die Entscheidungen des Ständigen Rates werden einstimmig getroffen werden.

Art. 2. Innerhalb der regelmäßigen Beziehungen, welche auf diplomatischem Wege erfolgen, tritt der Ständige Rat obligatorisch wenigstens zweimal im Jahre zusammen.

Art. 3. Vorsitzender des Ständigen Rates ist der Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Staates, in welchem die obligatorische Jahresitzung stattfindet.

Art. 4. In allen Fragen und Beschlüssen wird das Prinzip der absoluten Gleichheit aller drei Staaten der Kleinen Entente eingehalten.

Art. 5. Ist es nach den Umständen notwendig, so kann der Ständige Rat beschließen, daß die Beratung über die Beratung des Ständigen Rates in einer bestimmten Anzahl der Kleinen Entente in einer bestimmten Anzahl eines einzigen Plenarsitzung oder der Plenarsitzung eines einzigen Staates ausgetragt werden wird.

Art. 6. Jeder politische Vertrag jedes einzelnen der Staaten der Kleinen Entente, jeder wie immer geartete einseitige Akt, der die gegenwärtige politische Stellung eines von den Staaten der Kleinen Entente gegenüber einem dritten Staate ändert, sowie jedes wirtschaftliche Abkommen mit wichtigen wirtschaftlichen Folgen wird hinsichtlich der einmütigen Zustimmung des Rates der Kleinen Entente erforderlich.

Die gegenwärtigen politischen Verträge eines jeden der Staaten der Kleinen Entente mit dritten Staaten werden nach und nach und nach Möglichkeit vereinheitlicht.

Art. 7. Es wird ein Wirtschaftsrat der Staaten der Kleinen Entente für die allmähliche Koordinierung der Wirtschaftsinteressen dieser drei Staaten, sowohl der gegenwärtigen als auch ihrer Beziehungen zu dritten Staaten, errichtet. Der Rat soll sich zusammenschließen aus Fachleuten und wird zusammengefaßt sein aus Industrie- und Finanz-Experten in Wirtschaft, Handel und Finanzangelegenheiten und er wird als beratendes Hilfsorgan des Ständigen Rates bei dessen allgemeinen Politik tätig sein.

Art. 8. Der Ständige Rat kann andere Organe, Kommissionen oder Komitees schaffen.

Art. 9. Es wird ein Sekretariat des Ständigen Rates errichtet. Sein Sitz ist immer für die Dauer eines Jahres in der Hauptstadt des amtierenden Vorsitzenden des Ständigen Rates.

Art. 10. Der gemeinsame politische Ständige Rat wird sich nach den allgemeinen Prinzipien richten, die in allen großen internationalen Akten der Nachkriegspolitik enthalten sind, wie es der Völkerbundpakt, der Briant-Kellogg-Pakt, der Allgemeine Arbitrage-Pakt, die eventuellen Verträge über die Abrüstung und die Locarno-Verbindungen sind. Nichts kann übrigens in diesem Pakt den Prinzipien und Bestimmungen des Völkerbundespaktes widersprechen.

Art. 11. Die Bündnisverträge zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei, zwischen Rumänien und Jugoslawien und zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien werden mit unbestimmter Dauer erneuert.

Art. 12. Dieser Pakt wird ratifiziert werden und seine Ratifikationsurkunden werden in Prag spätestens bei der nächsten obligatorischen Jahresversammlung ausgetauscht werden. Er tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Urkund dessen haben die oben genannten Bevollmächtigten diesen Pakt unterfertigt.

Gegeben in Genf, den 16. Febr. 1933 in drei gleichlautenden Exemplaren.

Dr. Eduard Benes m. p.
R. Titulescu m. p.
S. Jezick m. p.

Offenes Terror-Eingeständnis

Goering „bewußt gegen Recht und Gesetz“.
Mord an Arbeitern ist erlaubt.

Wien, 25. Febr. (Eigenbericht.) Die „Arbeiter-Zeitung“ erfährt über Amsterdam: Jetzt werden Einzelheiten aus der Konferenz Görings mit den Polizeibeamten bekannt, welche die Absichten der Nationalsozialisten erst im vollsten Maße erscheinen lassen. Göring sagte am Schlusse seiner Rede, er wünsche keine Aussprache über seine Ausführungen, da er sich dessen bewußt sei, daß diese mit dem geltenden Recht und Gesetz in Widerspruch stehe. Er werde aber jeden Beamten, der seine Weisungen befolge, rückichtslos decken. Es werde sich in Deutschland kein Staatsanwalt und Richter finden, um einen Beamten, der nach Görings Vorschriften handle, zu bestrafen.

Die Polizeibehörde gehe es nichts an, was in den Häusern der SA vor sich gehe und selbst wenn in den Häusern der SA die Waffen bergehoch lägen, habe die Polizei dort nichts zu suchen. Jeder Polizeibeamte, der es künftighin wagen werde, ein Haus der Nationalsozialisten zum Zwecke der Durchführung einer polizeilichen Maßnahme zu betreten, werde rückichtslos entfernt werden.

Die Opposition ist rechtlos.

Reden — verboten!

Der Polizeipräsident in Dortmund hat ein generelles Redeverbot für die Sozialdemokraten Grzesinski und Hansmann erlassen, da ihr Auftreten eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellten würde.

Schreiben — verboten!

Der Polizeipräsident hat ferner Freitagausgabe des „Dortmunder Generalanzeigers“ und der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“ beschlagnahmen lassen. Beide Zeitungen hätten über den Vorfall in Groß-Beeren berichtet und dabei die Tatsachen in grober Weise anstellt.

Von neuen Zeitungsverboten sind folgende Blätter betroffen: Die in Stuttgart erscheinende „Süddeutsche Arbeiterzeitung“, das kommunistische Organ „Der Kämpfer“ in Chemnitz, die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Bremen, die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken, das sozialdemokratische „Rathenower Tagblatt“, „Brandenburger Zeitung“, „Potsdamer Volksblatt“, weiterhin zwei Zentrumszeitungen, die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn und die „Herzogener Zeitung“ sowie die katholische Wochenzeitung „Jungfrön“ in Düsseldorf.

Der fünfte Strafmat des Reichsgerichtes, hat wie das „Tempo“ berichtet, das am 16. bis 23. Febr. befristete Verbot des Wortes aufgehoben. Die Kosten fallen dem Freistaat Preußen zur Last.

Oeffentliche Tätigkeit — verboten!

Die thüringische Regierung hat verfügt, daß Angehörige der kommunistischen Partei künftig nicht mehr Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende thüringischer Gemeinderäte sein dürfen. Die Bürgermeister sind verpflichtet, derartige Beschlüsse zu beanstanden und entsprechende Resolutions vornehmen zu lassen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so sind die Obliegenheiten des Gemeinderates in vollem Umfange den Staatsbeauftragten der Aufsichtsbehörde zu übertragen.

Versammlungen verboten!

Die Regierungspressestelle in Köln teilt mit: Bestimmte Anzeichen deuten darauf hin, daß die SPD an Kundgebungen der Eisernen Front und der SPD teilzunehmen beabsichtigt, um dadurch das SPD-Verbot zu umgehen. Der Minister des Innern hat aus diesem Grunde angeordnet, Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge der Eisernen Front, der SPD und sonstiger diesen nahestehender Organisationen bei Gefahr der Beteiligung von Kommunisten zu verbieten.

Kein Klassenkampf?

Geschenke an die Junker

Berlin, 25. Febr. Im Reichsgesetzblatt Nr. 16 wird die Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Landwirtschaft vom 23. Febr. 1933 veröffentlicht.

Kapitel I der Verordnung enthält die Ermächtigung für den Reichsfinanzminister zur Förderung der Getreidebewegung weitere Reichsgarantien bis zum Höchstbetrage von 60 Millionen Reichsmark zu übernehmen. Kapitel II behandelt die Förderung der Verwendung von inländischen Käse.

Kapitel III hat die Regelung der Paj-

senanbaufläche zum Gegenstand und ermächtigt den Reichsernährungsminister, den Umfang der Pajsenanbaufläche zu begrenzen.

— auf Kosten der Arbeitnehmer

Berlin, 25. Febr. Auf Veranlassung des Reichskommissars für Preußen hat der für die städtischen Dienststellen zuständigen „Kommunale Arbeitgeberverband der Stadt Berlin“ den mit den Gewerkschaften der städtischen Angestellten bestehenden Tarifvertrag zum 31. März gekündigt. Zweck der Kündigung soll eine neue Herabsetzung der Angeheiligehälter sein.

„Volksverrat“

Es war Sache der Nationalsozialisten, sich gegen das Auslieferungsbegehren mit den Mitteln zur Wehre zu setzen, die sie für gut befanden. Es hört aber auf ihre eigene Angelegenheit zu sein, wenn sie dabei den Versuch unternehmen, Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie in die Welt zu setzen. Dem Herrn Kasper hat es beliebt, in seiner Verteidigungsrede Sozialdemokraten und Landbündler als die „Ursheber der Verfolgungsaktion“ hinzustellen. Wir überlassen es den Landbündlern, sich mit dieser Anschuldigung auseinanderzusetzen, soweit sie ihre Partei betrifft; was aber uns betrifft, können wir feststellen, daß der Herr Kasper eine absolut unwahre Behauptung aufgestellt hat.

Darauf er sich zu berufen versucht, sind „herausfordernde Bilder und Sehberichte“ in den sozialdemokratischen Zeitungen“ und eine Äußerung des ehemaligen Ministers Slavik, aus der Herr Kasper folgert, daß „seitens der Regierungsparteien im Geheimen gegen die Nationalsozialisten geschürt“ wurde. Diese letztere Behauptung ist nicht etwa eine bloß unbegründete Vermutung, sondern sie ist von den Nationalsozialisten gegen besseres Wissen aufgestellt. Wir begnügen uns mit dieser Konstatierung, weil wir annehmen müssen, daß die Nationalsozialisten in ihrem eigenen Interesse diese Unwahrheit nicht wiederholen werden. Die Bilder und Sehberichte aber beziehen sich offenbar auf unsere feinerseitige Polemik gegen den Volkspakt und dazu haben wir einige Worte zu sagen.

Natürlich, wir haben den Volkspakt bekämpft, aber nicht als eine antisemitische Organisation, für die wir ihn niemals gehalten und als die wir ihn niemals bezeichnet haben, sondern als eine arbeitserfeindliche Organisation. Das Glanzstück in dem Beweismaterial der Nationalsozialisten ist allemal die in unserer Presse wiedererlebene Abbildung der Terrorwerkzeuge, die den Nationalsozialisten bei einem Zusammenstoß mit unseren Genossen im September 1931 abgenommen wurden. Diese Abbildung wird von den Halunkenkreisläufigen immer als Denunziation qualifiziert, während sie sich ihrer doch in Wirklichkeit zur Verteidigung gegen die Anschuldigung bedienen sollten, daß der Volkspakt eine antisemitische Organisation gewesen sei. Denn noch die irreführende antisemitische Formation müßte sich dieser „Waffen“ schämen. Es waren Stahlriemen, Schlaarlinge, Hundsbreitens, Drahtseile und ähnliches mehr. Auch der vorerwähnten Beurteiler wird nicht lassen können, daß man mit diesen Instrumenten Teile der Tschechoslowakei aus dem Staatsverband locken könnte, zur Niederknüppelung von Arbeitern, zum Ueberfallen auf Wehrlose sind sie aber freilich vorzüglich geeignet. Das war unsere Anklage gegen die Halunkenkreisläufigen, daß sie Terrortruppen gegen die Arbeiterklasse hätten, nicht aber, daß sie Irrenden seien. Nein, sie waren keine Hochverräter, aber Feinde und Verderber der Arbeiterklasse, und es war und ist unsere Pflicht, sie deshalb zu bekämpfen.

Den Zusammenbruch der Denunziationsbeschuldigung voraussetzend, hat sich Herr Kasper denn auch mehr darauf verlegt, uns des Volksverrates zu zeihen, weil wir die Auslieferung nicht verhindern haben. Es verlohnt nicht, auf eine Anklage einzugehen, die dahin geht, daß wir Verräter sind, weil andere Parteien für die Auslieferung der nationalsozialistischen Abgeordneten gestimmt haben. Wenn aber die Nationalsozialisten ihre Auslieferungsangelegenheit zu einer bedeutenden Volksfrage machen wollen, so ist hierzu doch ein grundsätzliches Wort nötig. Wie haben auf Grund unserer Auffassung von der parlamentarischen Immunität nicht für die Auslieferung gestimmt. Aber wenn wir die strafrechtliche Verfolgung der baltischen parlamentarischen nicht für richtig hielten, so bedeutet das noch lange nicht, daß wir

Blutige Arbeitslosendemonstrationen in Polnisch-Tesch.

Die Polizei schießt in die Arbeiter. — Zwei Tote, mehrere Verwundete.

Am Mittwoch, den 22. Februar fanden Arbeitslosendemonstrationen in Polnisch-Tesch statt. Die Polizei stellte sich den Demonstranten entgegen und schlug mit Gummiknüppel und Säbel auf sie ein. Mehrere Arbeiter erlitten Verletzungen. Eine Anzahl von Arbeitern und mehrere Studenten wurden verhaftet. Am Donnerstag wiederholten sich die Demonstrationen in der Zementfabrik Golechów. Das Militär befand sich zum Teil in Oberschlesien, wo ebenfalls Demonstrationen der Arbeitslosen stattfanden. Polizei wurde in Automobilen nach Golechów beordert. Da die Demonstranten von dem Versuch, nach Teschen

zu marschieren, nicht Abstand nehmen wollten, machte die Polizei, die in ganz Schlesien militärisiert ist, die Gewehre fertig. Als die Arbeitslosen ihren Weg fortsetzen wollten, gab die Polizei Salven in die Masse ab. Am Platze blieben eine große Anzahl von Schwer- und Leichtverletzten. Zwei Arbeiter sind den Verletzungen erlegen.

Aus den Einschüssen an den Verwundeten, die im Landeshospital gebracht wurden, ist zu ersehen, daß die Polizei schon in die flüchtende Menge geschossen hat.

Dollfuß verspricht neuerlich den Rücktransport der Waffen.

Wien, 25. Februar. Die Hirtensberger Angelegenheit wurde heute in einer neuen Konferenz des französischen Gesandten in Wien Clauzel mit dem Bundeskanzler und Außenminister Dollfuß vorläufig abgeschlossen. Ueber diese Konferenz wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Bundeskanzler und Außenminister Doktor Dollfuß empfing heute vormittags den französischen Gesandten Clauzel, dem er nach Austausch der Ansichten namens der österreichischen Regierung versprach, daß die Waffen nach der Reparatur nach Italien rückgeführt werden. Die französische Regierung, die im Geiste der Verständlichkeit handelt, hatte sich dem englischen Vorschlag angeschlossen, wobei allerdings, was ausdrücklich hervorgehoben werden muß, beide Großmächte neuerlich bestätigten, daß sie auch weiterhin im ungeminderten Maße auf ihrem ursprünglichen Rechtsstandpunkt verharren.

Italienische Anleihe statt der französischen?

Die christlichsozialen „Neue Zeitung“ teilt mit, daß die italienische Regierung vor mehreren Tagen der österreichischen Regierung angeboten hat, im Falle eines Rückzuges Frankreichs in der Anleihefrage für Frankreich einzuspringen.

Regierungskrise in Wien.

Die in der letzten Zeit umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Aenderung der Regierung oder wenigstens eine Rekonstruktion derselben nehmen sichere Formen an. Heute wird mit aller Bestimmtheit behauptet, daß schon in der nächsten Woche Verhandlungen in dieser Richtung aufgenommen werden. Vor allem wird der gegenwärtige Regierungschef ein neues Kabinett im dem Sinne versuchen, ein auf dem gegenwärtigen Kabinett die Heimwehrminister anzuschließen und durch andere Personen, die dieser Gruppe nahe stehen, zu ersetzen. Weitgehend sollen die Großdeutschen der Regierung herangezogen werden. Falls es dem

Bundeskanzler nach dem Austausch oder Abgang der Heimwehrminister nicht gelingen sollte, den Deimatblod in der Regierungsmajorität zu erhalten, werde Dr. Dollfuß trachten, daß die Großdeutschen ohne den Deimatblod in die Regierung gehen. Falls auch diese Kombination nicht gelingt, würde eine Kanzlerkrise eintreten, und ein neuer Kanzler würde von neuem versuchen, die Großdeutschen zu gewinnen, oder aber es müßte ein Minderheitskabinett, aus Christlichsozialen und Landbund bestehend, gebildet werden.

Norwegische Regierung zurückgetreten.

Oslo, 25. Februar. Das Kabinett Hundseid ist, wie erwartet, heute zurückgetreten. Der Ministerpräsident schlug dem König vor, den Führer der Radikalen, Nowinkel, mit der Bildung eines Koalitionskabinetts zu beauftragen.

Starke Opposition gegen die Regierung Azana.

Madrid, 25. Februar. Nach einer stürmischen Sitzung, in welcher die Opposition die Regierung wegen der Art und Weise, wie sich die Polizei und das Militär bei der Unterdrückung der letzten anarchistischen Unruhen verhalten haben, abermals heftig angriff, erhielt die Regierung Azana eine Mehrheit von 173 gegen 180 Stimmen.

Verzweifelte Rettungsversuche amerikanischer Banken.

Baltimore, 25. Februar. Nach einem Erlaß des Gouverneurs werden alle Banken und Finanzinstitute im Staate Maryland heute geschlossen bleiben. Desgleichen werden die Banken am Montag und Dienstag kommender Woche ihre Schalter geschlossen halten.

Die Drangsalierung der sozialdemokratischen Presse

„Saarbrücker Volksstimme“ drei Monate verboten. — Fünf Redakteure ausgewiesen.

Saarbrücken, 25. Februar. (Fig. Ber.) Der Reichsinnenminister hat durch Verfügung vom 22. Februar das sozialdemokratische Organ für das saarbrückener Saargebiet, die „Saarbrücker Volksstimme“ auf die Dauer von drei Monaten für das unbesetzte Deutschland verboten. Es ist das erstmal seit der vorübergehenden Trennung des deutschen Saargebiets vom Mutterland, daß der Minister einer Reichsregierung ein saarbrückendes Blatt verbietet, das wie kein zweites im Kampf gegen den französischen Militarismus und Anarchismus seinen Mann gestanden hat. Fünf Redakteure wurden ausgewiesen.

ein duzendmal ist die „Volksstimme“ von den Besatzungsbehörden verboten worden. Ihr leitender Redakteur mußte zwei Monate in den belgischen Besatzungsgefängnissen zubringen. Hohle Leiter der „Volksstimme“ haben das gleiche politische und materielle Schicksal der Redakteure erduldet. Während die Saarbrücker „Volksstimme“ in das gesamte europäische Ausland verschickt werden kann, wird ihr von der Regierung der nationalen Konzentration der Eintritt nach Deutschland verweigert. Nach der Presse-Notverordnung ist dies nur gegenüber ausländischen Zeitungen zulässig.

Die Hitler-Bestien.

Chemnitz, 25. Februar. (Fig. Dr.) In Chemnitz überfielen Nationalsozialisten am Theaterplatz einen 21-jährigen Jungbannermann. Sie verletzten ihn schwer. Ein Polizist, der ihn beschützen wollte, wurde heftig gedrängt. Mit Knütteln und Stocken wurde der am Boden liegende Reichsbannermann derart mißhandelt, daß er mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus transportiert werden mußte. Die Krankehaus verletzten ihm nicht weniger als sieben Böcher in den Kopf. Sein Verstand ist sehr ernst.

Bordellwirt Ebert...

Hannover, 25. Februar. (Fig. Traht.) In einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten beschloß Gochsela den Reichspräsidenten Ebert als „den ehemaligen Bordellwirt Ebert“.

Der neue nationalsozialistische Polizeipräsident Luge, im Nebenamt nach wie vor Obergruppenführer der SA, und 150 Polizeibeamte in Uniform waren in der Versammlung anwesend. Der Polizeipräsident hatte die Beteiligung seiner Beamten „gewünscht“. Von einem sechsseitigen Sammelplatz aus marschieren sie in den Saal. Dort wurden ihnen Sakentanzbinden angelegt.

Freibrief für Mörder.

Stuttgart, 24. Februar. (Fig. Dr.) Der Mörder des sozialdemokratischen Bürgermeisters Raffen, der 17-jährige nationalsozialistische Gymnasiast Matthes ist auf Anordnung des Oberstaatsanwaltes aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der Haftbefehl ist aufgehoben, „da dessen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen“.

Der Raubkrieg im Osten.

Der japanische Angriff hat begonnen.

Tokio, 25. Februar. Das japanische Kriegeministerium teilt mit, daß die Operationen in Dschehol heute eingeleitet wurden. Die Offensive wurde in drei großen Gruppen aufgenommen, u. zw. aus den Städten Kajlu, Peipiao und Suizam.

Die Armee des Generals Moga hat die Stadt Kajlu verlassen und den Vormarsch über die Große mongolische Wüste angetreten.

Nach chinesischen Meldungen wurden die gestrigen Angriffe auf Kajlu den ganzen Tag über abgeschlagen.

Amlich wird die Meldung dementiert, wonach die Japaner die Stadt Tschaojan eingenommen hätten. Große japanische Abteilungen sind mit etwa 5000 Mann Mandchutruppen eiligt aus Schanhaiwan abtransportiert worden, um die japanischen Angriffstruppen zu unterstützen, welche ihren Angriff auf die Stadt Linan, 50 Meilen südlich von Pingtan, fortsetzen. Diese Stadt wird täglich von japanischen Flugzeugen schwer bombardiert. Auf den Schlachtfeldern herrscht gegenwärtig ein solcher Frost, daß in den chinesischen Befestigungen auf den Berggipfeln das Wasser in den Röhren der Maschinengewehrläufe gefror und die Kübler zerbrach. Die Chinesen besitzen weder Öl noch Kerosin und müssen zur Kühlung ihrer Maschinengewehre Wasser benutzen.

Gingegen gibt die chinesische nationalitistische Regierung nunmehr offiziell zu, daß der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt in Jehol, die Stadt Peipiao, von den Japanern eingenommen und besetzt wurde. Minister Sun ist sodann aus der Stadt Kanhsjan in der Provinz Kiangsi nach Kanton zurückgekehrt, wo er mit dem Marschall Tschangkeischel, der die militärischen Operationen gegen die kommunistischen Banden in der Provinz Kiangsi leitet, eine Beratung hatte. Eine Depesche des chinesischen Generals Hotschuku von der Front besagt, daß zwei chinesische Brigaden gegen 20.000 japanische Soldaten im Kampfe stehen, die versuchen, ihnen den Gebirgsübergang in der Gegend von Lingnan zu entreißen.

Bomben auf unbesetzte Orte
Japanische amtliche Kreise erklärten, daß, falls die chinesischen Truppen sich aus der Provinz Jehol nicht nach China zurückziehen, sobald sie eine weitere und letzte Aufforderung erhalten, sofort die Bombardierung der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte und anderer strategischer Punkte aufgenommen werden wird.

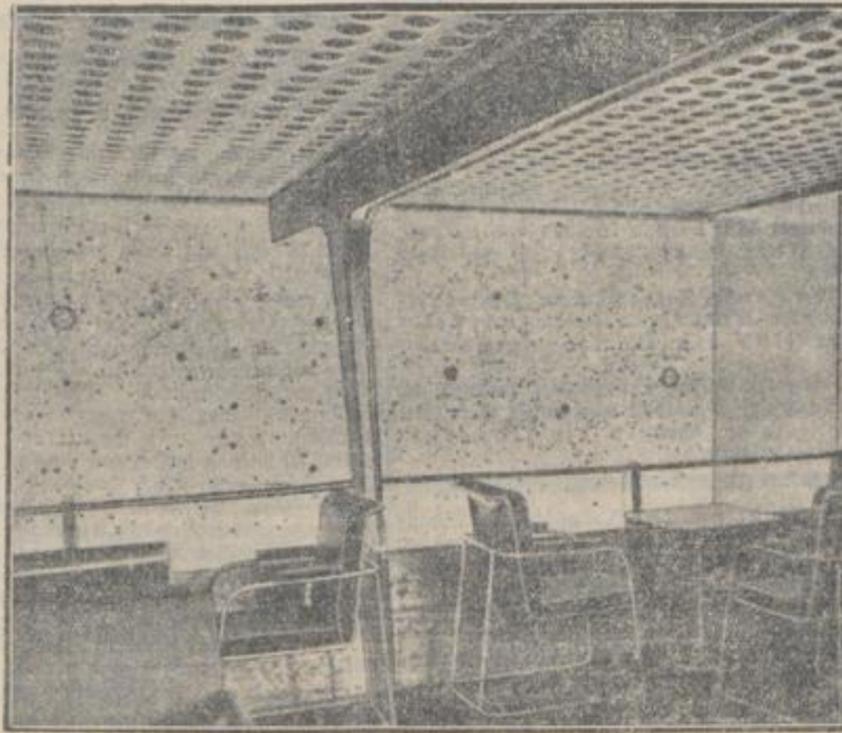
Deutschland kreist sich ein!
Von unserem nach Berlin entsandten Sonderberichterstatter.
Wie die berühmte „Einkreisung“ Deutschlands in den Jahren 1904—1914 weit weniger ein Werk der Feinde Deutschlands als eines der unglücklichsten deutschen Diplomatie selbst war, die den Delcasse und Rowolff, Edward VII. und Cambon in die Hände arbeitete, ja sie geradezu zwang, den Ring um Deutschland zu schließen, so arbeitet das wieder erneuerte Deutschland von 1933, in dem die alten Herren, ergänzt durch ein paar neue Sakaien, das Ruder führen, eifrigst an einer neuen Einkreisung Deutschlands, die in wenigen Wochen schon perfekt sein wird, wenn nicht ein Kurswechsel in der Wilhelmstraße kommt. Selbst die immerhin auf europäischeren Beispielen geschulte Diplomatie des Herrn Neurath wird nicht verhindern können, daß Hitler, Papen und Göring einen Ring um Deutschland schließen der es enger und furchtbarer würgen wird als der von 1914. Polen steht seit 1919 in härtestem Gegensatz zu Deutschland. Frankreich kann einem Regime Dillier nur mit dem größten Mißtrauen bezeugen und sein Wille, sich mit der deutschen Reaktion unmittelfach zu verständigen, erlaubt seit dem Abgang Schleichers. Denn so sympathisch Herr Francois Pontet ein deutscher Reichsdiplomate sein mag, von dem brillierenden Kleinbürger Hitler, dem blutdürstigen Schlächter Göring trennt ihn eine ganze Welt. Die kleine Entente hat eben befunden, daß sie das Hitlerregime nur mit einer Stabilisierung der Entente als Allianz zu beantworten gedenkt. In Belgien und den Niederlanden, in Skandinavien, das Herr Göring einen Tag noch seinem Amtsontritt in beleidigender Weise brüskiert hat, hat man nur Abscheu für das neue System in Deutschland. Bleiben England und Italien.

Seit England im Sommer den deutschen Aufrüstungsforderungen recht großzügig geantwortet hätte, könnte man in Berlin wissen, daß der Traum einer antifranciaischen deutsch-englischen Entente ein Phantasma ist. Hitler glaubt es nicht und wird weiter um England. Die Nachricht, daß die Hirtensberger Rote weit mehr ein englisches, denn ein französisches Produkt ist, daß vor allem der Ton englisch ist, wird in Berlin wie eine kalte Dusche gewirkt haben. Ernüchtert stellt die Presse fest, daß man wieder einer französisch-englischen Entente gegenüberstehe. Italien aber wird, wie es nach jedem seiner Bundesgenossen verraten hat, trotz aller Sympathien für den deutschen Faschismus ihn in der entscheidenden Stunde wieder verraten — ganz abgesehen davon, daß es zu schwach wäre, Deutschland wirkungsvoll beizustehen. Dabei ist Hitler nicht lang genug, sich wenigstens Rußland zu sichern. Gerade gegen Rußland gehen er und seine Presse am meisten. Für Rußland aber ist durch die Dummheit der deutschen Reaktion die erwünschte Stunde gekommen, sich mit Frankreich und dessen Bundesgenossen besser zu stellen, sich den Rücken frei zu machen, wenn es in Clashes zum Kampf antreten muß. Die Woffenlieferungen der Sa. Vorzüglich an Rußland, das Entgegenkommen, das man den Russen in Paris in diplomatischer und militärischer Hinsicht zeigt, beweisen aufs deutlichste, daß man sich in Moskau nicht verrechnet hat. Um die Isolierung des Dritten Reiches zu vollenden, hat Frankreich seine Zähler nun auch nach München ausgeschickt. Unter den Begnern eines von Hitler und Göring oder von den Hohenzollern regierten Deutschland wird sich unter Umständen auch ein König Rupprecht von Bayern (vielleicht als Bundespräsident der süddeutschen Staaten überhaupt) finden. Damit wäre Bismarcks weltgeschichtliche Leistung endgültig gerühmt. Norddeutschland von allen Seiten eingekreist und aufs schwerste bedroht. Armes, verblendetes deutsches Volk, das es zugelassen hat, daß eine Koalition von Hohlköpfen und bössartigen Despoten mit seinem gesamten politischen, sozialen und kulturellen Erbe Schindluder treiben darf!

Extra-Ausgabe

mit den Ergebnissen der Reichstagswahl geben wir am Montag, den 6. März mit dem Kopf „Sozialdemokrat“ zum Preise von 50 Heller heraus. Das Blatt wird in den ersten Morgenstunden in den Orten sein. Bestellungen sind rechtzeitig an die Verwaltung unseres Blattes zu richten.

Der neue Zeppelin.



In der Riesenhalle in Friedrichshafen entsteht das neue deutsche Verkehrsluftschiff „L. Z. 129“, in dem der Luftschiffbau Zeppelin alle Erfahrungen der letzten Jahre verwertet hat, um so das Schiff zum modernsten und technisch vollendeten Luftkreuzer der Welt zu machen. Das Schiff wird bei einer Länge von 248 Meter einen Gasinhalt von 190.000 Kubikmeter haben. Als besondere Neuheit wird der Lufttrieb ein feuerfester abgedichtetes Rauchzimmer enthalten, das unser Bild rechts zeigt. An der Wand sind der nördliche und südliche Sternenhimmel mit astronomischer Genauigkeit wiedergegeben. Links eine Außenansicht des neuen Luftschiffes „L. Z. 129“, die vier langen Fensterreihen zwischen Führergondel und den Motorgondeln zeigen die Boge der Luftschiffstruktur für die Reisenden an.

(Zeichnung: Walter Prof. Dr. A. Behrens-Berlin.)

Tagesneuigkeiten

Die Verluste der Militärfliegerei.

Havarie bei Prag — Pilot verlegt.
Prag, 25. Feber. (T.M.) Freitag, den 24. Feber, nahm das Flugzeug Sh 16-20 mit einem Voraine-Dietrich-Motor von 450 Pferdekraften bei einem Probefliegen um 14.10 Uhr auf der Schießstätte etwa 2 Kilometer vom Flugplatz Prag eine Kollision vor. Bei der Landung erlitt das Flugzeug eine Havarie. Der Pilot wurde im Gesicht leicht verletzt, der Beobachter ist gesund. Die Ursache der Kollision war das Anhalten des Gashebels.

Wieder ein Todesurteil in Mähr.-Odrau.

Mähr.-Odrau, 25. Feber. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde heute wiederum ein Todesurteil gefällt. Zum Tode durch den Strang wurde der 27-jährige Anstreicher-Geselle Johann Hysel verurteilt, der am 18. Mai 1932 im Walde bei der Grube „Emma“ in Schleiß-Ödrau seine 17-jährige Geliebte Olga Bierhova mit einem Küchenmesser ermordet hatte. Der Mörder verübte nach der Tat einen mittelgradigen Selbstmordversuch durch Ertränken, worauf er zur Polizeigang und die Anzeige gegen sich selbst erstattete.

Drei Todesurteile

über zwei Männer und eine Frau.

Das altmärkische Schwurgericht Stendal verurteilte am Freitag die landwirtschaftlichen Arbeiter Fritz Dehnert aus Beerendorf und Adolf Brüning aus Wolterslage wegen Mordes, ferner die Ehefrau Margarete Müller aus Beerendorf wegen Beihilfe zum Mord zum Tode. Dehnert und Brüning haben am Neujahrsmorgen den Chemann der angeklagten Müller im Walde überfallen, niedergeschlagen und erdrosselt. Nach der Tat hängte Dehnert den Leichnam an einen Baum, um auf diese Weise einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Ehefrau des Ermordeten hat die Tat angestiftet, indem sie Dehnert immer wieder ermahnte, ihren Mann aus dem Wege zu schaffen, da sie sonst das Verhältnis mit Dehnert lösen müsse.

Das Schlafwagen-Phantom

Ein Kriminalfilm des Lebens.

Belgrad, 25. Feber. (M.) Ein mit dem Simplon-Express fahrender Agent der südslawischen Polizei verhaftete gestern nachts den Räuber Gruic, der unter dem Namen „Schlafwagenphantom“ bekannt ist. Gruic verübte in den internationalen Zügen eine Reihe von verwegenen Raubereien. Der südslawische Polizei verhaftete den Räuber nach einem hartnäckigen Kampf auf dem Dache eines Waggon des in voller Fahrt befindlichen Simplon-Express.

Schneestürme in Mähren.

Brünn, 25. Feber. Die gestrigen und bis in die heutigen Frühstunden andauernden Schneestürme haben auf sämtlichen mährisch-schlesischen Straßen zu schweren Verkehrsstörungen geführt. Da sich jedoch keine Schneewehen

bildeten, konnte ein Teil der Autobusse den Betrieb heute vormittags aufrechterhalten. Der Zustand der Straßen verschlechtert sich jedoch, da es weiter schneit. Auf sämtlichen Staatsstraßen sind Schneepflüge in Tätigkeit. Vollständig verweht wurden die Straßen Brünn-Dänitz, Brünn-Boitau, Brünn-Wien, weiters einige Straßen in Nordmähren sowie einige Bezirksstraßen im Jglauer, Jaromerier-, Jemnicer- und Plabinger Bezirk sowie in der Umgebung von Veske Rejitzce.

Zehn Todesopfer einer Grubenexplosion.

Pongheat City, 25. Feber. In dem solnjetrassischen Kohlenbergwerk im Grunmand City hat sich am Mittwoch vormittag eine Explosion ereignet, bei der zehn Bergleute ums Leben kamen. Die Bergungsarbeiten waren erst am Donnerstag von Erfolg begleitet, als der Eisbrecher „Lenin“ mit Gasmaschinen aus Varenburg auf Spitzbergen eintraf.

Der Postdirektor von einem entlassenen Briefträger ermordet

Sofia, 25. Feber. Der Post- und Telegraphendirektor Moanow wurde heute früh ermordet. Der Täter, der sein Opfer mit einem Messer ermordete, ist ein Landbriefträger, der aus dem Dienste entlassen worden war.

Cermat geht es schlecht.

Künstliche Atmung.

Miami, 25. Feber. Das Befinden Cermats hat sich gegenüber dem gestrigen Tag weder verschlechtert noch gebessert. Mit Ausnahme von zwei kurzen stundenlangen Schlafzeiten verbrachte Cermat im allgemeinen eine unruhige Nacht. In den letzten Stunden haben die Ärzte angeordnet, die Atmung Cermats durch Inhalation von Sauerstoff zu ermöglichen.

Zwei rätselhafte Morde.

Los Angeles, 25. Feber. Hier wird soeben die rätselhafte Ermordung des Filmerzsehens und Gatten des Filmstars Jeana Marlow, Paul Berns, der mit einer Schußwunde tot im Garten seiner Villa aufgefunden wurde, untersucht. Bisher wurden fünfzig Zeugen einvernommen.

Solo (Java), 25. Feber. An der Küste des Hafens Solo wurde der bekannte Millionär, Bankier und Sportmann John A. Hill aus Philadelphia mit dem Messer eines Einheimischen in der Brust tot aufgefunden. Die Einzelheiten dieses geheimnisvollen Mordes werden untersucht.

Die Nazi wollen keinen Krieg? Die Hakenkreuzler hören es nicht gern, wenn wir sagen, daß der Nationalsozialismus zum Kriege treibe. Erst gestern wieder erklärte der „Tag“:

Die Naziführer sagen, wenn sie sagen, die Nationalsozialisten beugen zum Kriege.

Am gleichen Tage aber erfährt man, daß der Herr Göring beim französischen Vorkämpfer in Berlin war und ihm das Angebot machte, Frankreich möge sich dafür einsetzen, daß Polen den Korridor an Deutschland zurückgibt. Als Gegenleistung wolle dafür Deutschland den Polen helfen, im Kriege mit Rußland die Ukraine zu erobern. Die Hakenkreuzler beugen zum Kriege? Ach, wo! Sie bereiten ihn nur vor.

Eine Woche ohne Ministerempfang. In der Woche vom 27. Feber bis 4. März werden sämtliche Regierungsmitglieder wegen unauflösbarer Regierungsarbeiten keine Besuche empfangen.

Das „ungeschriebene Gesetz“. Das New Yorker Berufsgericht sprach Freitag einen gewissen Harvey Parry frei, dessen Verteidiger sich auf das „ungeschriebene Gesetz“ berief. Parry hatte einen Trauer erschossen, der sich seiner Frau annähern versuchte.

Zugunfall. Die Staatsbahndirektion in Prag gibt bekannt: Am 25. Feber um 2 Uhr 30 Minuten fuhr zwischen den Stationen Saska und Michelob bei Soaz der Dampfzug Nr. 595A auf den Lastzug Nr. 8107, der wegen eines Defektes auf der Strecke hielt, auf. Bei dem Zusammenstoß entgleisten die letzten acht Waggons des Lastzuges und verammelten beide Schienenwege. Verletzt wurde niemand. Der Personenverkehr wurde bis 10 Uhr durch Umleiten an der Unfallstelle aufrechterhalten. Die Ursache wird untersucht.

Kapitalismus unchristlich — Kirchengüter heilig . . . Also sprach der Papst!

Aus der Stadt des Vatikan, 25. Feber. In einer Rede an eine Gruppe italienischer Priester, welche soeben ein ausführliches Verzeichnis des heutigen Bestandes der einzelnen kirchlichen Korporationen aufstellten, erklärte der hl. Vater u. a.: Alles, auch die irdischen Güter, müssen gut und gewissenhaft verwaltet werden, da das Kirchengüter dem Jwed hat, auf dem Wege zum Ueber-

natürlichen zu unterstützen und zu helfen. Irdische Güter als solche sind verachtungswürdig. Gott gibt sie und Gott nimmt sie ohne Rücksicht, wenn sie gehören. Auf der anderen Seite hat Gottes Sohn die Armut für sein ganzes irdisches Leben gewählt. Der Kapitalismus gehört nicht zu den Freunden Gottes.

Ruinöse Theaterpolitik der Nazis. Da sich die Direktion des Magdeburger Stadttheaters trotz dem Drängen der „nationalen“ Verbände noch nicht zur völligen Abkehrung des Georg Kaiser'schen Stüdes „Silbersee“, das überdies durchaus nicht die ihm unterzubehobene Tendenz, sondern eine menschlich-verständliche Dichtung hat, entschließen konnte, fordern der Magdeburger Stabhelm, die Deutschnationalen, die Nazis, der Königin Luise-Bund usw. zum Boykott des Theaters auf. Sie verlangen weiter, daß die für die Aufnahme des Stüdes verantwortlichen Persönlichkeiten zur strengen Rechenschaft gezogen werden.

Tod aus Not. In Berlin-Charlottenburg hat sich ein Architektenehepaar mit Gas vergiftet. Die fortgesetzte Einschränkung der Bau-tätigkeit hat das Paar allmählich in eine Not geraten lassen, aus der es keinerlei Ausweg mehr sah.

Schöne Ausflüchte! Der neueste Sport in Deutschland ist die Gasmaske für Frauen. In der Presse, die um die nationale Erziehung des deutschen Volkes bemüht ist, werden in immer größerer Häufigkeit Bilder von Übungen veröffentlicht, die mit der Gasmaske verübte Hausfrauen anstellen. Da sieht man Frauen im weißen Kittel und mit der Gasmaske bei Freiübungen, bei denen sie die richtige Atemtechnik mit der Gasmaske lernen sollen. So sieht die ganze nationale Erziehung der deutschen Frau aus! Gasmaske um, Kniebeuge, Arme vorgestreckt — das ist das Wichtigste, was sie lernen müssen! Es lebe die echte deutsche Frau!

er denn überhaupt in die Versammlung hereinnehmen sei und warum er denn die ganze Zeit über den Kopf geschüttelt habe. „Was die Frage betrifft“ antwortete der Jude, „so habe ich am Eingang einfach gesagt, ich sei der Großvater von Sabbels, und da hat man mich gleich auf einen Ehrenplatz geführt. Und warum ich während Jares Rede mit dem Kopfe hin und her geschüttelt habe? Sehen Sie, Herr Reichskanzler, zum Andenken an die Erlösung aus der Knechtschaft bei Pharao in Ägypten essen wir Juden an unserem Pessachfest Matzen, zum Andenken an die Befreiung von Haman aus Sasa zu des alten Abassers Zeiten essen wir Juden an unserem Purimfest Kreppchen. Und da habe ich nun heute den ganzen Abend hin und her überlegt, welche Reihfolge es wohl noch geben könnte.“

Es gibt aber auch sehr nette jüdische Geschichten um Hitler, die durchaus wahre Begebenheiten erzählen. Eine solche wahre Geschichte ist die folgende:

Als Hitler noch nicht in der Reichskanzlei wohnte, sondern nur im Berliner Hotel Kaiserhof gelegentlich gastierte, kam eines Tages ein Mann aus dem Gefolge des Dörs in ein Herrenanzuggeschäft in unmittelbarer Nähe des Kaiserhofs, um eine schwarze Krawatte für Herrn Hitler zu kaufen. Die Wirtin aber nicht viel kosten, denn Herr Hitler gäbe für solche Sachen nicht viel Geld aus meinte der Käufer. Der Wirt sah sich nicht, daß das Geschäft, das er aufgeschaut hatte, ein ganz neues Spezialgeschäft war und Juden als Inhaber hatte. „Das tut mir furchtbar leid“, sagte der Verkäufer, „aber wir führen als eines der ersten Spezialgeschäfte nur ganz teure Krawatten. Aber gehen Sie nun hier um die Ecke ein Stückchen weiter zu S. & F. . . da erhalten Sie bestimmt, was Sie wollen. Und Sie können ganz beruhigt sein, wenn Sie dort kaufen: die Inhaber sind auch Juden.“

